

Ausschreibung

Von

Colocation- und Rechenzentrumsdienstleistung

Auftraggeber: **NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH**
 Wilhelmsplatz 11
 70182 Stuttgart

März 2024

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen der Ausschreibung	3
2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung	3
2.1 Ausgeschriebene Leistung	3
2.2 Losbildung	3
2.3 Zeit / Ort	3
2.4 Vergütung	4
2.5 Vertragsbedingungen	4
3. Ausschreibungsbedingungen	5
3.1 Grundlagen	5
3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote	5
3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen	6
3.4 Auswahl- und Zuschlagskriterien	6
3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge	7
3.6 Erstattung von Aufwendungen	7
3.7 Nachprüfung der Vergabe	7
4. Formale Anforderungen an die Angebote	7
4.1 Abgabe in deutscher Sprache	7
4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)	7
4.3 Vollständigkeit des Angebotes	9
4.4 Bindefrist	9
4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	9
5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung	10
5.1 Ausschlussgründe	10
5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	10
5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit	10
5.4 Bietergemeinschaften	10
5.5 Subunternehmer	11
5.6 Nachweise	11
Teil B: Leistungsbeschreibung	11
6. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung	11
6.1 Anlass und Ziel der Ausschreibung	11
7. Zu erbringende Leistung	12
7.1. Bereitstellung von Colocation-Dienstleistungen in der Region Stuttgart	12
8. Allgemeine Anforderungen	14
Anlagen	15

Teil A: Allgemeine Grundsätze der Ausschreibung

1. Grundlagen der Ausschreibung

Auftraggeber (AG) ist die

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart

Die NVBW wurde im Jahr 1996 im Zuge der Regionalisierung gegründet. Eigentümer und alleiniger Gesellschafter der NVBW ist das Land Baden-Württemberg. Die NVBW berät und unterstützt das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr (VM), insbesondere bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Aufgabenträger und Besteller für den SPNV in Baden-Württemberg. Das gewachsene Aufgabenspektrum umfasst inzwischen vielfältige Leistungen in weiteren thematischen Schwerpunkten, wie beispielsweise im Rad- und Fußverkehr, bei neuen ÖPNV-Angebotsformen oder der Digitalisierung. Weitere Informationen über die NVBW bietet das Internet unter www.nvbw.de.

2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung

2.1 Ausgeschriebene Leistung

Gegenstand der Ausschreibung ist die Bereitstellung von Colocation-Dienstleistungen in der Region Stuttgart für die hochverfügbaren Server- und Storage-Systeme im Bereich Digitale Mobilität der NVBW spätestens zum 01.10.2024:

Die konkreten Anforderungen der zu erbringenden Leistung ergeben sich aus Kap. 6 ff. / Teil B.

2.2 Losbildung

Eine Vergabe in Losen findet nicht statt, da eine Trennung der Leistungsbestandteile inhaltlich und wirtschaftlich nicht durchführbar ist.

2.3 Zeit / Ort

Der Vertrag beginnt im Jahr 2024 mit Zuschlag, geplant zum 01.10.2024. Er hat eine Laufzeit bis zum 30.09.2029 (ca. 60 Monate) mit einer Verlängerungsoption bis zum 31.03.2032 (weitere 36 Monate).

Ort der Leistungserbringung und Gerichtsstand ist Stuttgart.

2.4 Vergütung

Die Vergütung erfolgt zu dem vereinbarten Entgelt in monatlichen Abschlagsbeträgen beginnend mit dem ersten vollständigen Monat nach Abnahme. Eine Strompreisklausel abhängig von offiziellen Indizes ist möglich; muss aber per Bieterfrage abgestimmt sein.

Der Auftragnehmer fordert nach vollständiger Bereitstellung den Auftraggeber zur Abnahme auf. Dieser wird innerhalb einer Frist von 14 Tagen die Abnahme erklären oder wesentliche Mängel benennen.

Ab dem 01. Januar 2022 sind Sie als öffentlicher Auftragnehmer nach § 4a E-Government-Gesetz Baden-Württemberg in Verbindung mit der E-Rechnungsverordnung Baden-Württemberg grundsätzlich zur elektronischen Rechnungsstellung verpflichtet. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt nur für Rechnungen bis zu einem Betrag von 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer. Für die elektronische Rechnungsstellung verwenden Sie bitte ausschließlich den Zentralen Rechnungseingang Baden-Württemberg, den Sie zusammen mit weiteren Informationen unter <https://service-bw.de/erechnung> erreichen. Ihr Rechnungs-dokument muss dazu im Standard XRechnung oder einem anderen der Norm EN 16931 entsprechenden Format erstellt werden und im Feld Buyer-Reference (BT-10) unsere Leitweg-(08111000-U0005-40) aufweisen.

2.5 Vertragsbedingungen

Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag zustande. Vertragsbestandteile werden kumulativ:

- die Ausschreibungsbedingungen aus diesen Verdingungsunterlagen,
- ggfls. nachgelagerte Bieterinformationen,
- die Leistungsbeschreibung aus dem Angebot des Bieters,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) und
- die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der NVBW (Stand 2020).

Es gelten ausschließlich unsere AGB vom Dezember 2020, die diesem Schreiben beiliegen. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert und führen zum Ausschluss. Im Zweifel gehen die Anforderungen aus der Ausschreibung den Ausführungen im Angebot vor, sofern nichts gesondert vereinbart wird.

Es gelten die **Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)** (siehe beiliegend).

Es gelten die über <https://service-bw.de/erechnung> einsehbaren Nutzungsbedingungen nebst Anlage (Technische Informationen) des Zentralen Rechnungseingangs Baden-Württemberg in der zum Zeitpunkt der Einbringung der elektronischen Rechnung gültigen Fassung.

3. Ausschreibungsbedingungen

3.1 Grundlagen

Der Auftraggeber geht davon aus, dass der Auftragswert den Schwellenwert für Leistungen nach § 106 GWB überschreitet. Es wird eine **offene Ausschreibung** gemäß § 119 GWB durchgeführt.

Die Verdingungsunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden; jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der ausschreibenden Stelle nicht gestattet.

Der Bieter hat, auch nach Beendigung der Angebotsphase, über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen geschäftlichen Angelegenheiten der NVBW und deren Dienstleister Verschwiegenheit zu wahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung und Vorbereitung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten.

Ebenso verpflichtet sich das Land Baden-Württemberg, alle Angebotsunterlagen vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Regelungen zum Datenschutz sind auf der Webseite der NVBW veröffentlicht.

3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote

Das Angebot muss vollständig, in deutscher Sprache und von einer zeichnungsberechtigten Person unterschrieben bis zum

Donnerstag, 16.05.2024, 12.00 Uhr

in elektronischer Form bei der

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Vergabestelle

auf dem Portal von **DTVP** unter **www.dtv.de** mit **angegebener Nummer** vorliegen.

Angebote, die zu diesem Zeitpunkt nicht in vollständiger Form vorliegen, werden nicht berücksichtigt. Die Öffnung erfolgt am selben Tag bei der NVBW. Bieter sind bei der Öffnung nicht zugelassen.

Die Angebote werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich behandelt. Die von den Bietern erbetenen personenbedingten Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert; siehe dazu die Hinweise unter www.nvbw.de/vergabeverfahren.

3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen

Enthalten diese Verdingungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in ausschließlich schriftlicher Form über das **Portal** darauf hinzuweisen.

Fragen zum Angebot müssen **ausschließlich** schriftlich in deutscher Sprache bis zum

Dienstag, 09.05.2024, 12.00 Uhr

auf dem Portal von **DTVP** unter **www.dtv.de** mit **angegebener Nummer** eingereicht werden.

Die Antworten werden ebenfalls schriftlich gegeben. Sowohl Fragen als auch Antworten werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, in anonymisierter Form an alle Bewerber bekannt gegeben. Die Bieter müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über neue Informationen durch Besuch der Webseite unterrichten.

3.4 Auswahl- und Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Die Bewertung erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

1. Preis (Zuschlagskriterien)

70 %

Die Preisbewertung erfolgt wie folgt: Es wird der Mittelwert aller Angebote ermittelt. Dieser Mittelwert erhält die halbe Punktzahl. 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem 1,5-fachen des Mittelwertes. Die volle Punktzahl erhält ein fiktives Angebot mit dem 0,5-fachen Preis des Mittelwertes. Alle Angebote mit darüber oder darunter liegenden Preisen erhalten ebenfalls 0, bzw. alle Punkte. Die Punkteermittlung für die dazwischen liegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation gerundet auf volle Punktzahl.

2. Qualität des Angebots (Zuschlagskriterien)

30 %

Dabei werden folgende Bewertungskriterien angewandt:

Standort/Erreichbarkeit per ÖV/IV

Zertifizierungen

Sicherheitsniveau

Energieeffizienz (PUE-Wert)

Organisation und Umsetzung der Maßnahmen

3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote sind nicht zulässig. Änderungsvorschläge im Rahmen der zusätzlichen Empfehlungen des Dienstleisters sind zulässig.

3.6 Erstattung von Aufwendungen

Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Ausschreibungsvorgangs entstehen, werden nicht erstattet.

3.7 Nachprüfung der Vergabe

Zuständig für die Nachprüfung der Vergabe dieses Auftrags im Verfahren nach §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist die Vergabekammer Baden-Württemberg, beim Regierungspräsidium Karlsruhe:

Vergabekammer Baden-Württemberg
Durlacher Allee 100,
76137 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-8730
Telefax: 0721/926-3985

Etwaige Vergabeverstöße muss der Bieter gem. § 160 Abs. 3 GWB unverzüglich rügen. Ein Vergabenachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung der Auftraggeber, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

4. Formale Anforderungen an die Angebote

4.1 Abgabe in deutscher Sprache

Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen, inklusive aller geforderten Nachweise und Erklärungen, in deutscher Sprache abzufassen. Ausländische Schriften müssen neben dem Original auch eine deutsche Übersetzung der Nachweise und Erklärungen beilegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieter zu tragen. Die Bieter tragen die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen.

4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)

Das Angebot muss folgenden Inhalt umfassen, dabei ist die nachfolgende Gliederung einzuhalten:

Teil 1:

- Angebotsschreiben des Bieters mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift. Das Angebot einer Bietergemeinschaft muss von allen an der Bietergemeinschaft beteiligten

Unternehmen rechtsverbindlich unterschrieben sein. Fehlt die Unterschrift eines Mitgliedes, so liegt kein rechtsverbindliches Angebot der Bietergemeinschaft vor. Das Angebot ist in einem solchen Fall von der Wertung auszuschließen. Kommt jedoch einem Mitglied aufgrund eines rechtsgültigen Gesellschaftsvertrages zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung Alleingeschäftsführerbefugnis zu oder ist er aufgrund entsprechender Erklärung aller Bieter für alle bevollmächtigt, so genügt die Unterschrift dieses Mitglieds. Die Alleingeschäftsführerbefugnis ist in diesem Fall nachzuweisen.

- Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners für das Vergabeverfahren (Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) gemäß Anlage.
- Bestätigung der Bindefrist gemäß Anlage.
- Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass sein Angebot in allen Punkten den Forderungen der Leistungsbeschreibung entspricht und die Regelungen dieser Verdingungsunterlagen von ihm uneingeschränkt akzeptiert werden.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er mit Erhalt der vereinbarten Vergütung alle Urheberrechte aus der erbrachten Leistung und die Nutzungsrechte daran an die NVBW bzw. das Verkehrsministerium überträgt.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er sich zur Einhaltung allgemeiner Verschwiegenheit und Vertraulichkeit hinsichtlich der durch die Leistungserbringung erworbenen Informationen verpflichtet.
- Abgabe einer Mindestentgelterklärung gem. § 4 Abs. 1 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG), gemäß Anlage, ggf. von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und von Subunternehmern.
- Angaben zur Bietergemeinschaft; vergleiche Teil A Kapitel 5.4
- Angaben zu Subunternehmern; vergleiche Teil A Kapitel 5.5
- Gemäß dem Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 ist eine Zusammenarbeit mit russischen Personen, Organisationen und Einrichtungen verboten. Daher ist die Erklärung gemäß Anlage (Anl 1 Anlage 8 Eigenerklärung-VO-2022-833-VM-System) zu unterzeichnen.

Teil 2: Nachweis der Eignung

- Eigenerklärungen, wie im Einzelnen in Teil A Kapitel 5.1 bis 5.6 gefordert (beachte Anlage).
- Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, vgl. Teil A Kap. 5.2.

- Zu erbringende Nachweise über die Referenzen, vgl. Teil A Kap. 5.3.
- Eventuelle Nachweise zur Eignungsleihe durch Subunternehmer

Teil 3: Leistung

- Der **Bieter** wird gebeten, ein **Angebot für 60 Monate mit Option zur Verlängerung um 36 Monate** abzugeben.
- **Erläuterungen zum Angebot:**
Der Bieter soll die angebotene Leistung gemäß Teil B erläutern. Insbesondere muss beschrieben werden, in welchen organisatorischen und zeitlichen Schritten der Auftrag durchgeführt wird, wobei die erforderliche Rückkopplung mit NVBW und dem externen IT-Dienstleister zu berücksichtigen ist. Ein Zeitplan über den gesamten Ablauf der Verlagerung wird erwartet. Der Bieter soll hierbei darstellen, wie die teilweise Verlagerung der IT-Infrastruktur der NVBW aus seiner Sicht optimal gelöst werden könnte / sollte.
- Alle Preise sind netto in Euro anzugeben.

4.3 Vollständigkeit des Angebotes

Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Das Angebot muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Erklärungen, Nachweise und Angaben (erforderlichenfalls mit den deutschen Übersetzungen) enthalten. Fehlende oder unvollständige Nachweise und Erklärungen können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Summe der Einzelposten oder des Produktes von Mengenansatz und Einheitspreis, so sind die Einheitspreise und Einzelpositionen maßgebend.

4.4 Bindefrist

Die Bindefrist läuft bis **30.09.2024**. Bis zum Ablauf dieses Datums ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern und Bietergemeinschaften, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung

5.1 Ausschlussgründe

Zur Prüfung der Eignung muss der Bieter gemäß Anlage erklären, ob die unter §§ 123 und 124 GWB genannten Fälle auf ihn zutreffen und inwiefern eine Selbstreinigung nach § 125 GWB vorliegt. Der Auftraggeber kann hierzu geeignete Nachweise nachfordern.

Des Weiteren können Bieter ausgeschlossen werden, die im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren werden Bieter ausgeschlossen, die aufgrund eines der in Artikel 57 Absatz 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Gründe rechtskräftig verurteilt worden sind.

Gemäß den Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 ist eine Zusammenarbeit mit russischen Personen, Organisationen und Einrichtungen verboten. Daher ist die Erklärung gemäß Anlage zu unterzeichnend.

5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Zur Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bieters hat dieser den Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, aus dem auch die Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse hervorgehen. Falls durch einen Bieter kein eigener Geschäftsbericht herausgegeben wird, ist die Vorlage des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und ggf. des Lageberichts) sowie eine Erklärung über die aktuellen Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse ausreichend. Diese Unterlagen sind zwingend für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vorzulegen.

5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit

Zur Beurteilung der für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung erforderlichen Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit, sind vom Bieter Zertifizierungen und Referenzen über bisher erbrachte Leistungen vorzulegen.

Es ist mindestens eine Zertifizierung über ein Qualitätsmanagementsystem und eine Zertifizierung auf Basis von IT-Grundschutz z.B. nach ISO/IEC 27001 erforderlich.

Das RZ soll den Anforderungen des TÜV TSI-Prüfkatalog bzw. EN 50600 genügen.

5.4 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft in ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung

abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Die entsprechende Vollmacht ist dem Angebot beizufügen. Darüber hinaus ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die oben genannten Nachweise müssen für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Bei der Beurteilung der Eignung einer Bietergemeinschaft wird die Bietergemeinschaft als Ganzes beurteilt. Die Bildung von Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

5.5 Subunternehmer

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Teile der Leistung, außer der in 7.1 beschriebenen, durch Dritte (Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer hat daher in seinem Angebot Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Unterauftragnehmer übertragen will. Die Unterauftrag-nehmer sind zu benennen bzw. bekannt zu geben.

Die Beauftragung von Subunternehmer nach Zuschlagserteilung ist nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren.

Unternehmen, die sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligen, können wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden.

5.6 Nachweise

Der Auftraggeber behält sich vor, die bei Abgabe des Angebots nicht vorliegenden bzw. nicht den Anforderungen entsprechenden Dokumente zum Nachweis der Eignung nach Kapitel 5.1 bis 5.5 unter Fristsetzung von den Bietern nachzufordern. Sollte ein Bieter der Nachforderung nicht fristgerecht nachkommen, kann dieser Bieter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Teil B: Leistungsbeschreibung

6. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung

6.1 Anlass und Ziel der Ausschreibung

Die NVBW betreibt zur Bereitstellung von Internetdiensten eine vollständig redundante Virtualisierungsplattform auf Basis von Fujitsu RX Servern mit IP-basierendem NetApp

Metrocluster (ca. 60TByte) mit einem Platzbedarf von zusammen ca. 40 HE und einem elektrischen Leistungsbedarf von ca. 5,0kW. Die automatische Sicherung erfolgt über Backup2Disk2Tape und umfasst komprimiert ca. 5TByte. Es besteht ein Wartungs- und Servicevertrag mit einem externen IT-Dienstleister.

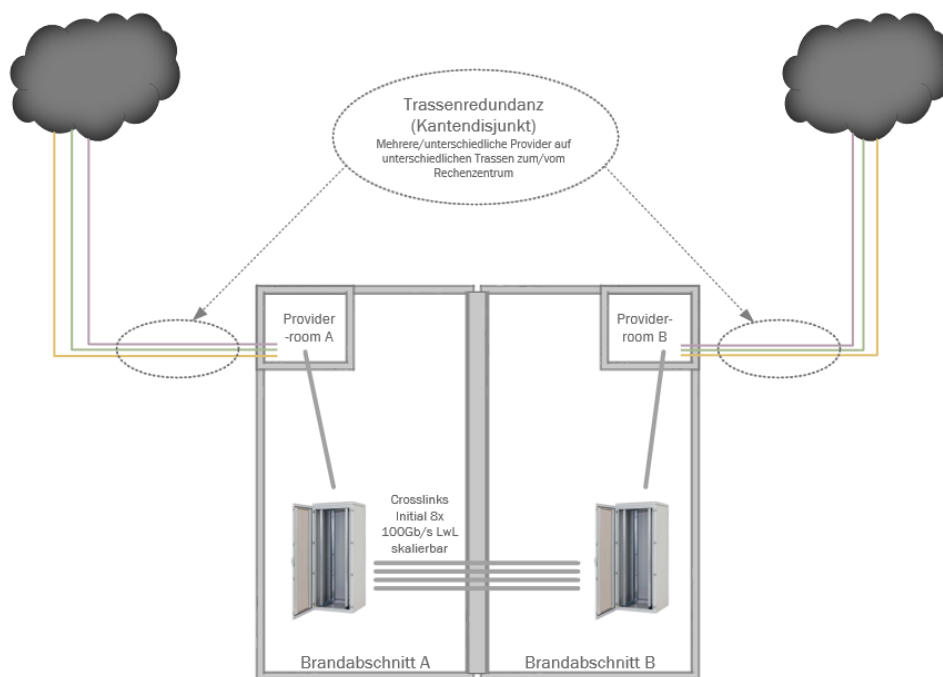
Im Zuge der Neuausschreibung eines Colocation-Standortes für unsere Virtualisierungsplattform wird ein Rechenzentrum mit separaten Brandabschnitten nach Tier 3 gesucht.

Für die Verlagerung ist eine temporäre (ca. 3 Monate), schnelle, transparente Netzwerkverbindung des bestehenden und des neuen Standorts herzustellen.

7. Zu erbringende Leistung

7.1. Bereitstellung von Colocation-Dienstleistungen in der Region Stuttgart

Die Colocation-Dienstleistung muss in einem zertifizierten Rechenzentrum in räumlicher Nähe zum Firmenstandort der NVBW in der Stadt Stuttgart erbracht werden. Gründe sind die einheitliche IT-Hard- und Softwarebetreuung am Standort Stuttgart und die notwendige Vernetzung der Standorte im gemeinsamen LAN.



Benötigt werden:

- Zwei Brandabschnitte mit jeweils einem Business-Rack, min. 42 Höheneinheiten.
Optionale Erweiterung um jeweils ein Business-Rack mit 21 Höheneinheiten.

- Redundante Stromversorgung mit Notstrom je Rack von ca. 3,0 kW Dauerlast und Strombezugsrecht bis 5kW
- Redundante Klimatisierung
- Crosslinks initial 8 x 100 Gbit zwischen den Brandabschnitten skalierbar
- Redundante Internet-Anbindung
Multi ISP-BGP-Fähigkeit inkl. verschiedener Trassen (Kantendisjunktion)
Bandbreite 1 Gb/s synchron.
Optional 2,5 Gb/s soll mittelfristig möglich sein
inklusive IPv4 Adressraum mit min. 48 nutzbaren IP-Adressen (aktuell /27 und /28).
- Providerroom – Redundanz
- Optional Nutzung einer zusätzlichen Wartungsleitung von mind. 10-50 Mbit/s (sync/async) mit einer fester IP-Adresse.
- Verfügbarkeitsklasse 3 der RZ-Leistungen ($\geq 99,9\%$)
- Administrative 24/7 Zugänge in das Rechenzentrum, initial 6 permanente Zugangsberechtigungen
- Initiale 3 monatliche, befristete Bereitstellung einer 10 Gb/s Leitung zur Migration unserer Systeme
- Klimatisierung: Kalt-Warmgang, 25 +/- 2°C, 45-65% Luftfeuchtigkeit

Anforderungen an das Rechenzentrum entsprechend:

- DIN EN 50600 (ausfallsicheres Rechenzentrum)
- ISO 27001 Informationstechnik – IT-Sicherheitsverfahren
- ISO 9001 Qualitätsmanagement
- ISO 14001 Umweltmanagement (wünschenswert)
- BSI RZ Qualitätseinstufung VK 4
und/oder
- TÜV TSI Qualitätseinstufung Level 3 (TIER 3)

Die Dienstleistung wird nur an Betreiber eigener Rechenzentren in der Region Stuttgart vergeben (Ausschlusskriterium) die max. mit einer Anfahrtszeit vom Standort der NVBW in 45 Minuten erreicht werden können. Untervermietung von Rackspace ist ausgeschlossen.

7.2 Zeitlicher Ablauf

Die Bereitstellung der Anschlüsse und Räumlichkeiten sind spätestens zum 01.10.2024 zur Verfügung zu stellen. Optional können die Räume auch ab dem 01.09.2024 angemietet werden.

8. Allgemeine Anforderungen

Neben den beschriebenen Arbeitspaketen werden folgende allgemeine Anforderungen an den Auftragnehmer gestellt:

- 1.) Der Auftragnehmer führt alle Arbeitspakete in enger Abstimmung mit NVBW und dem IT-Dienstleister der NVBW durch. Entsprechende Korrekturschleifen und Freigabezeiträume sind einzuplanen.
- 2.) Der Auftragnehmer sorgt für die zeitlich und inhaltlich planmäßige Umsetzung der geforderten Leistung.

Anlagen

Anlage 1	Allgemeine Geschäftsbedingungen der NVBW (siehe gesondertes pdf-Dokument)
Anlage 2 und 3	Besondere Vertragsbedingungen und Muster für Tariftreueerklärung (siehe gesondert als Vordruck)
Anlage 4	Vordruck für Erklärungen in Vergabeverfahren (Kapitel 4.2 Teil 1 und Kapitel 5.1) (siehe gesondert als Vordruck)
Anlage 5	Vordruck für Erklärungen Gemäß den Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Rußland-Sanktionen) (Kapitel 5.1) (siehe gesondert als Vordruck)
Anlage 6	Kalkulationsblatt (siehe unten)

Anlage 6:**Kalkulationsblatt**

Ich/wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns im nachfolgenden Kalkulationsblatt eingesetzten **Netto-Preisen** wie folgt an:

Arbeitspaket	Sachkosten in €	Personal- kosten in €	Gesamt- kosten in €
Rackspace			
<i>Optional</i> erweiterter Rackspace			
Strom			
Crosslinks initial 8 x 100 Gbit (Netzwerkverbindungen)			
<i>Optional</i> zusätzlich Crosslinks 2 x 100 Gbit (Netzwerkverbindungen)			
IP-Adressen			
Remote-Hands-Support			
Internetanbindung 1Gb/s			
<i>Optional</i> Internetanbindung 2,5 Gb/s			
Multi ISP-BGP-Fähigkeit			
Endsumme netto (Arbeitspakete ohne Optionen)			
Endsumme netto (nur Optionen)			

Optionale Zusatzleistungen:

Ggf. sind ungeplante Zusatzleistungen erforderlich. Hierzu sollen vorsorglich die Stundensätze angegeben werden:

Tätigkeitsmerkmale	Stundensatz in € pro Stunde	Tagessatz (8 h) in € je Tag

Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass ausschließlich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH Bestandteil meines/unseres Angebotes sind.

Ort, Datum und rechtsverbindliche Unterschrift (inkl. Name in Klarschrift) des Bieters/ der Bietergemeinschaft